

Eine empirische Studie zur aktuellen Klassenlage und politischen Konfrontationsstellung in Deutschland

Helmuth

Abstrakt

In welche Pole zerfällt die aktuelle politische Landschaft und welche sozio-ökonomischen Entwicklungen tragen dazu? Die Studie beantwortet diese Fragen auf der Basis der bundesdeutschen Kreise, indem sie die Daten „Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung“ zu den beiden Bundestagswahlen von 2021 und 2025 mit denen zu Einkommen, Bruttowertschöpfung und anderen Bevölkerungsparametern kombiniert. Die Ergebnisse der 400 Kreise werden dafür mittels explorativer Faktorenanalyse und Partialkorrelation statistisch verarbeitet. Dabei wird deutlich, dass die aktuelle politische Landschaft in zwei Hauptgegensätze zerfällt: einen zwischen Grünen und AfD und einen zwischen der Partei die Linke und der CDU/CSU. Diese beiden Gegensatzgruppen lassen sich auch sozial-ökonomisch immer wieder dokumentieren und auf ein Diagramm abbilden, welches Einkommenshöhe, Einkommensherkunft und Wirtschaftszweig umfasst. Spekulativ abstrahierend werden gegensätzliche Welt- und Eigensichten der Gruppen skizziert, die die Polbildungen ideologisch verfestigen. Die festgestellte Entwicklung verschränkt sich dabei mit zuvor bestehenden Strukturen, wie Geschlechterverhältnis und Form der Erwerbstätigkeit. Weitere Analysen über die Zusammensetzung der RepräsentantInnen der Parteien in den Landtagen bestätigen die Ergebnisse der statistischen Analyse. Ein Brechen der sich herausbildenden rechten Hegemonie und ein Wiederstärken der Linken wird davon abhängen, die beiden getrennten Polaritäten der politischen Auseinandersetzung so zu verändern, dass sich die Linke gegen beide Pole (AfD und CDU/CSU) orientiert. Dazu wird es aber, so das Fazit der sozio-ökonomischen Analyse, eines erweiterten Verständnisses von Staatsfunktionen und des ökonomisch-öffentlichen Sektors bedürfen, ohne welches ein Kräfteoszillieren zwischen ungefähr gleichstarken Blöcken droht, mit der permanenten Bedrohung, dass eine zeitweilige rechte Übermacht politische Diskurse so stark einschränkt, dass eine gesellschaftliche Veränderung nur unter erheblichen Opfern denkbar wird.

Schlüsselwörter: Bundestagswahl, politische Konfrontationsstellung, Rechtsentwicklung, sozialökonomische Determinanten, Statistik der Kreise

Abstract

How is the current political landscape divided, and which socio-economic developments are contributing to this? The study answers these questions by analysing Germany's districts, combining data from the 'Indicators and Maps on Spatial and Urban Development' for the 2021 and 2025 federal elections with data on income, gross value added and other demographic parameters. The results for the 400 districts are statistically processed using exploratory factor analysis and partial correlation. This reveals that the current political landscape is divided into two main oppositions: one between the Greens and the AfD, and one between Die Linke and the CDU/CSU. These two opposing groups can also be repeatedly documented in socio-economic terms and plotted on a diagram that encompasses income level, source of income and economic sector. Through speculative abstraction, the groups' opposing worldviews and self-perceptions are outlined, which ideologically cement the polarisation. This observed development intertwines with pre-existing structures, such as gender relations and forms of employment. Further analyses of the composition of party representatives in the state parliaments confirm the findings of the statistical analysis. Breaking the emerging right-wing hegemony and enabling the left to regain strength will depend on reshaping the two distinct poles of the political debate in such a way that the left positions itself in opposition to both (the AfD and the CDU/CSU). However, according to the conclusion of the socio-economic analysis, this will require a broader understanding of the functions of the state and the public economic sector; without this, there is a risk of a seesawing of power between blocs of roughly equal strength, with the constant threat that a temporary right-wing dominance will restrict political discourse to such an extent that social change becomes conceivable only at the cost of considerable sacrifices.

Keywords: Federal election, political confrontation, shift to the right, socio-economic determinants, district statistics

Einleitung

In den letzten 10 Jahren ist es zu drei wesentlichen Veränderungen in der parteipolitischen Landschaft und in der Stabilität der politischen Lage in Deutschland gekommen. Einerseits haben die früheren Volksparteien CDU und SPD massiv an Zustimmung verloren und kommen zusammen nicht mehr auf 50 % der Wählerzustimmung. Von echten „Volksparteien“ kann damit nicht mehr gesprochen werden. Zweitens hat die AfD es geschafft ungefähr $\frac{1}{4}$ der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen und dies, obwohl es eine Reihe von massiven politischen Kampagnen gegen sie gibt. Und drittens tendierte die Linke zeitweilig in Richtung Bedeutungslosigkeit, um seit der letzten Bundestagswahl zu neuer beeindruckender Stärke zu erwachen.

Für diese Veränderungen sind eine Reihe von Hypothesen entwickelt worden.¹ Speziell steht die Annahme im Raum, dass Modernisierungsprozesse (was auch immer das bedeutet) viele Menschen überfordern, die sich durch diese in ihrer Existenz bedroht fühlen (womöglich aber gar nicht sind) und deswegen vermehrt die AfD wählen. Zum Teil wird diese These dadurch ergänzt, dass eine wachsende Komplexität der gesellschaftlichen Prozesse zu einem regressiven Beharren auf früheren Verhaltensweisen führt, generell zu einer Ablehnung von "Abstraktion" und "Komplexität". Dieses Empfinden werde durch „social media“ Kampagnen mit entsprechenden rechten Inhalten verstärkt und gegen scheinbar „fremde“ und vom Alltag weit entfernte „Kräfte“ gewendet. Zudem komme es zu einer so starken Frustration, dass sich eine regelrechte „Zerstörungslust“ von rechts herausbilde, die im Gewand einer Verteidigung von grundlegender individueller Freiheit auftritt.

Im Nachkommenden soll erstens die These vertreten werden, dass diese Gegenüberstellung in moderne/progressive und autoritäre/regressive Bevölkerungsgruppen, wenn es sie überhaupt gegeben hat, einer doppelten Konfrontationsstellung im Verhältnis der politischen Parteien gewichen ist. Speziell zwischen der SPD, den Grünen und den Linken ist zu massiven Wählerwanderungen gekommen, aber auch die zwischen SPD, CDU/CSU und AfD ist erheblich.² Bei der letzten Bundestagswahl 2025 haben wohl immerhin 49 % aller Wähler nicht dieselbe Partei gewählt wie bei der Wahl 2021. Im Kontext dieser Neuordnung der Wähler ergibt sich, so die Hypothese dieses Artikels, eine doppelte Polarität zwischen 4 statt früheren 2 Polen, d.h. eine diametrale Positionierung der Grünen konträr zur AfD und der Linken konträr zur CDU/CSU.

Die zweite Hypothese betrifft die Erklärung dieser doppelten Polarität. Für sie wird postuliert, dass der Prozess eine Verankerung in sozialökonomischen Veränderungen hat, welche zur Herausbildung einer neuen „Klasse“ führte, die sich von der traditionellen Arbeiterklasse darin unterscheidet, dass sie eher „immaterielle“ oder direkt gesellschaftliche Tätigkeiten ausübt und zudem als Einkommen nicht auf Tätigkeit im Bereich der Mehrwertproduktion, sondern im Bereich umverteilten Reichtums zurückgreift. Adäquat verstehen lässt sich die politische Konfrontation und Dynamik aber nur dann, wenn zusätzlich die Gebrauchswerte der beruflichen Tätigkeiten, die in diesen Blöcken vorherrschen, bzw. auch der unverstandene Austausch zwischen ihnen berücksichtigt wird. Es ist die jeweilig vorherrschende Arbeitsstruktur (Arbeitsgegenstand, Arbeitsorganisation und Einkommensquelle), die das, was an Hypothesen über die sozialpsychologische Dynamik des neuerstarkenden rechten Diskurses formuliert wurde, durch eine sozialökonomische Analyse rahmt.

Diese sozialökonomische Veränderung wird als Kerndynamik und primäre Ursache für die neue Blockbildung angenommen, d.h. ihr liegen „endogen“ ablaufende ökonomische Umwälzprozesse zugrunde. Gleichzeitig treffen die ökonomischen Prozesse aber auf schon bestehende

¹ Hier wird auf diese unterschiedlichen Hypothesen nur kurz eingegangen, eine schnelle Übersicht bietet C. Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. 2019, Transcript Verlag, Kapitel 3

² Robert Vehrkamp und Martha Posthofen: Wohin des Weges? Eine Schätzung der Wählerwanderungen bei der Bundestagswahl 2025. Demokratie und Zusammenhalt | 01.2026. Bertelsmann Stiftung

gesellschaftliche Strukturen, die entweder aus früheren gesellschaftlichen Formationen stammen (z.B. Geschlechterverhältnis, Altersstruktur) oder durch die Einbettung der gesellschaftlichen Reproduktion in die Natur entstehen (Notwendigkeit der CO₂ Reduktion). Als vorgefundene Rahmenbedingungen entwickeln sich um sie herum reaktive „Grenzkämpfe“, die ihren Teil zu den konkreten individuellen Wahlentscheidungen beitragen, aber eben kein primär treibend-dynamisches Merkmal darstellen.³

Um diese Thesen empirisch zu begründen, wird im folgenden ein statistischer Zugriff auf sozialökonomische Daten versucht, die dafür bis dato noch kaum benutzt wurden.

Methodik

Genutzte Daten

Die im folgenden genutzten Daten stammen, soweit nicht anders gekennzeichnet, von der Webseite des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (INKAR - Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung, www.inkar.de). Gewählt wurde die geografische Auflösung auf Ebene der Kreise. Für die Kreise (für diese Auswertung 400 an der Zahl) gibt es neben den Ergebnissen der Bundestagswahlen für die einzelnen Parteien in den Jahren 2021 und für 2025 auch eine Vielzahl von sozialökonomischen Jahresdaten, die Einkommen, Bruttowertschöpfung, Beschäftigtenzahl und Arbeitsstunden nach Wirtschaftszweig (produzierendes Gewerbe, verarbeitendes Gewerbe, Finanzen und Versicherungen usw.) betreffen. Zusätzlich liegen die Zahlen für Alter, Geschlecht, Kaufkraft, Anträge auf Wohnungsbauten, Zahl der Wohngeldempfänger usw. vor. Dadurch wird eine Analyse des Wahlverhaltens über die Wahlkreise möglich, die dieses in systematische Relation zu den Sozialdaten setzt und zwar im Zeitvergleich zwischen z.B. 2021 und 2025. Da aber zum Zeitpunkt der Analyse die sozialökonomischen Daten nur bis zum Jahr 2023 vorlagen, basieren die Auswertungen hier auf den Jahren 2019 (für die Bundestagswahl 2021) und 2023 (für die Bundestagswahl 2025).

Die gewählte Herangehensweise hat eine Reihe von Vorteilen gegenüber Wahlbefragungen. Sie ist komplett, weil Wahlentscheidungen aus allen Teilen Deutschlands eingehen, und sie ist zeitdynamisch, weil verändertes Abstimmungsverhalten in den Wahlkreisen in einen Zusammenhang mit sozialen Veränderungen gesetzt werden kann. Zudem erlaubt sie eine gezielte statistische Kontrolle des Einflusses von Variablen, die mit anderen systematisch in Verbindung stehen (z.B. Einkommen und Art der Arbeitstätigkeit, Geschlecht und Inhalt der beruflichen Tätigkeit). Und die Vielzahl der vorhandenen Statistiken macht sie zu einem Untersuchungsinstrument, das über Informationen, die aus Befragungen stammen, weit hinausgeht.

Andererseits gibt es auch klare Grenzen dieser methodischen Herangehensweise, die erwähnt werden müssen. Erstens sind die Sozialdaten determiniert durch die verwaltungstechnische Definition der Wahlkreise. So gehen Großstädte wie Berlin, Hamburg, München etc. mit nur einem Wahlkreis in die Analysen ein. Damit sind Faktoren, die gehäuft in Großstädten auftreten, unterrepräsentiert, wenn man die betroffene Bevölkerungsanzahl betrachtet. Zweitens sind die sozialen Daten ausschließlich struktureller Natur, d.h. subjektive Faktoren, die politische Wahlentscheidungen beeinflussen, werden nicht abgebildet. Hierfür sind gezielte Befragungen und Subjektanalysen notwendig, deren konkreten Inhalte aber vielleicht durch die folgenden Analysen gerahmt werden könnten.

³ Die strukturellen Annahmen dieses Modell stammen von Nancy Fraser, siehe ihr Buch mit Rahel Jaeggi: Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie, Berlin: Suhrkamp Verlag 2021

Statistik

Statistisch wurde das Wahlverhalten auf Kreisebene entweder faktorenanalytisch (die jeweiligen Wählerprozente für die einzelnen Parteien) oder mittels Partialkorrelationen (Wahlergebnisse in Relation zu sozialökonomischen Variablen) analysiert. Explorative Faktorenanalysen wurden eingesetzt, um das Verhältnis der Parteien untereinander zu analysieren (also wie variieren hohe und niedrige Prozentwerte in den Wahlkreisen zwischen den Parteien). Bei den Partialkorrelationen wurde im Regelfall kontrolliert um die Gesamtzahl der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 65 in den jeweiligen Kreisen und das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Erwerbstätigen. Dies geschah, weil die Analyse primär auf die relative Verankerung der Parteien in unterschiedlichen Erwerbstätigengruppen konzentriert ist. In der ebenfalls durchgeführten Analyse zur allgemeinen sozialen Verteilung der Wählerpräferenzen in den Kreisen (den von der ökonomischen Entwicklung "vorgefundenen" Bedingungen, siehe Einleitung vorletzter Absatz) erfolgte dagegen keine statistische Kontrolle, weil von der konkreten Erwerbstätigkeit abgesehen werden sollte.

Resultate

These 1: Der Vergleich zwischen den Wahlergebnissen der Bundestagswahlen von 2021 und 2025 zeigt, dass sich eine neue, doppelte Polarität der politischen Auseinandersetzung entwickelt hat.

Wie sortieren sich die Wählerstimmen zu den 5 Parteien, wenn man versucht, eine statistische Reduktion der wechselseitigen Fluktuationen in den Verwaltungskreisen vorzunehmen? Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Faktorenanalyse für die beiden Bundestagswahlen und für die Wahlgewinne im Vergleich der beiden Bundestagswahlen.

Tabelle 1: Explorative Faktorenanalyse der Bundestagswahlergebnisse auf Kreisebene

	2021		2025		Veränderung	
	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 1	Faktor 2
<i>SPD</i>	-,149	,377	,460	,105	,785	-,052
<i>CDU</i>	-,055	-1,021	,126	-1,001	,878	,266
<i>Linke</i>	,427	,620	,119	,798	,242	-,633
<i>Grüne</i>	-,693	,188	,832	,053	,221	,682
<i>AfD</i>	,993	,152	-,985	,307	-,629	,467

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse Rotationsmethode: Promax. Die kumulative Varianzaufklärung nach Rotation liegt für alle drei Analysen über 0.6, 2025 sogar über 0.7, die der einzelnen Faktoren bei über 0.3, außer für den zweiten Faktor in der Analyse der Veränderungen, der bei 0.24 liegt.

Die Faktorenanalysen für die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2025, 2021 und ihrer prozentualen Zustimmungsdifferenz ergibt jeweils eine zwei faktorielle Lösung. Der erste Faktor erklärt statistisch ein höheres Ausmaß der Ko- bzw. Kontravariation als der zweite, wobei der Unterschied in der erklärten Varianz zwischen den beiden Faktoren nicht sehr hoch ist. Tabelle 1 macht dies deutlich und auch, dass sich seit 2021 die vorhandene Polarität zwischen den Parteientscheidungen verändert

hat. Unter Polarität soll hier eine durch das Vorzeichen und die Höhe der Ausprägung der Faktorladung definierte Einordnung der Parteien auf abstrakterem Niveau verstanden werden. Man kann das auch als ein Strukturdiagramm verstehen, in dem die Zustimmung zu einer einzelnen Partei in Relation gesetzt wird zu der Zustimmung zu den anderen Parteien. 2021 luden auf einem Faktor die Entscheidung für AfD und Linke gegen die Grünen, auf einem zweiten Faktor die zur Linken gegen die CDU. Letztere Polarität hat sich 2025 verstärkt und dominiert inzwischen fast vollständig die Herausbildung dieses Faktors. Für den ersten Faktor ist es zu einer schärferen Gegenüberstellung zwischen den Grünen und der AfD gekommen. Nur die Zustimmung zur SPD zeigt ebenfalls eine gewisse Ladung auf diesem Faktor (in gleicher Richtung wie die Grünen). Sie ist mit einer Faktorladung von 0.460 aber ohne größere Bedeutsamkeit. Die Analyse der Differenzen zwischen den beiden Bundestagswahlen ergibt, dass dort, wo die CDU oder die SPD viel Zuwachs oder Verlust aufwiesen, die AfD verloren bzw. gewonnen hat. Gleiche gegensätzliche Polarität gilt für die Grünen und die Linke beim zweiten Faktor. Etwas vereinfachend zeigen die Faktorenanalysen damit, dass das rechte wie das progressive Lager (Grüne und Linke) sich neu sortiert haben in Richtung einer veränderten Konfrontationsstellung: Grüne Wählerzustimmung steht inzwischen direkt konträr zu AfD Wählerzustimmung. Die Linke Wählerzustimmung steht 2025 direkt konträr zu CDU/CSU Wählerzustimmung, während sich 2021 hier noch eine Parallelität mit der SPD zeigte.

These 2: Die neue doppelte Polarität hängt von Höhe des Einkommens, Wirtschaftszweig der Erwerbstätigkeit und Herkunft des Einkommens ab.

1 Modellebenen

Um das sich neu sortierende politische Kräfteverhältnis zu verstehen, bedarf es – so die Hypothesen dieser Untersuchung - drei verschiedener Ebenen, die u.a. den sozialen Austausch zwischen den gesellschaftlichen Fraktionen betreffen. Die drei Ebenen sind Einkommenshöhe, Arbeitsinhalte und Herkunft der Einkommen. Diese Annahme sollen im Nachfolgenden für die drei Ebenen getrennt analysiert werden.

2 Wahlentscheidung nach Einkommensparameter

Was die Einkommen angeht, so gibt es eine einigermaßen klare Trennung in hohe Haushaltseinkommen für CDU/CSU, Grüne (im Verlauf der beiden Wahlen weniger deutlich auch für SPD), versus niedrige Einkommen relational zur Zustimmung für die Linke und AfD (Tabelle 2).

Tabelle 2: Zustimmung zu den Parteien bei Bundestagswahl in Relation zu Einkommensparametern

Wahl 2025	SPD	CDU/CSU	Linke	Grüne	AfD
Verfügbar_Haushaltseink. 2023	-0.162**	0.617***	-0.504***	0.324***	-0.425***
P	.001	< .001	< .001	< .001	< .001
Arbeitnehmerentgelt_2023	-0.075	0.154**	-0.176***	0.129*	-0.086
P	.139	.002	< .001	.010	.088
Medianeinkommen Frauen	0.134**	-0.036	0.198***	0.646***	-0.481***
P	.008	.474	< .001	< .001	< .001
Medianeinkommen Männer	0.017	0.319***	-0.131**	0.614***	-0.565***
P	.732	< .001	.009	< .001	< .001
Wahl 2021	SPD_2021	CDU/CSU	Linke	Grüne	AfD
Verfügbar_Haushaltseink._2019	-0.418***	0.551***	-0.658***	0.281***	-0.482***
P	< .001	< .001	< .001	< .001	< .001
Arbeitnehmerentgelt_2019	-0.112	0.054	-0.177	0.309	-0.267
P	.027	.288	< .001**	< .001***	< .001***
Differenzen Wahlergebnis	SPD	CDU	Linke	Grüne	AfD
Verfügbar_Haushaltseink.Diff	0.221***	0.161**	-0.006	0.009	-0.146
P	< .001	.001	.901	.865	.004
Arbeitnehmerentgelt_Diff	0.207***	0.133**	0.138**	-0.165**	-0.178***
P	< .001	.008	.006	.001	< .001

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Note. *Pearson's Partial Correlations* Conditioned on variables: Erwerbstätige Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren, Erwerbsquote Frauen/Männer. Zur Interpretation: bei einem Korrelationskoeffizienten von $> .\pm 0.1$ geht man von einer schwachen Korrelation, bei $> .\pm 0.3$ einer moderaten und $> .\pm 0.5$ starken Korrelation aus.

Betrachtet man das Arbeitnehmerentgelt ist diese Aufteilung weniger klar. Die Grünen werden dort gewählt, wo auch das Arbeitnehmerentgelt hoch ist und sich zwischen den Wahlen nicht stark ändert. Tendenziell gilt dasselbe für die CDU/CSU. Bei den Linken findet sich das umgekehrte Bild: niedriges Arbeitnehmerentgelt hängt mit höherer Wahlzustimmung zusammen und umgekehrt. Bei der AfD geht dieser Zusammenhang zwischen 2021 und 2025 tendenziell verloren, denn 2025 hängt das Arbeitnehmerentgelt nicht mehr mit der Zustimmung zur AfD zusammen, niedriges Haushaltseinkommen dagegen weiterhin. Dies könnte man so interpretieren, dass neue AfD Wähler keine reale ökonomische Abstiegs Erfahrung gemacht haben, sondern eher eine solche antizipieren.

Die klare und eher uniforme Anordnung der Grünen auf der Seite der Bevölkerung mit höherem Einkommen zeigt sich auch bei Berücksichtigung der Geschlechter. Sowohl Männer wie Frauen weisen ein hohes Medianeinkommen auf. Dagegen korreliert das Medianeinkommen beider Geschlechter bei der AfD negativ mit den Wählerstimmen, ein Hinweis auf eine wachsende Polarisierung beider Wählergruppen. Ähnliches gilt für die Wahlzustimmung zur CDU/CSU versus zur Linken: bei der CDU/CSU ist das Wählereinkommen der Männer hoch, bei den Linken das der Frauen.

Zusammenfassend zeigt diese Analyse, dass hinsichtlich des Einkommens sich Grüne und AfD diametral gegenüberstehen und unter Berücksichtigung der Geschlechter spiegelbildlich Wahlzustimmung zur CDU/CSU und der Linken. Bemerkenswert auch: Nur bei den Linken gibt es bezogen auf das Arbeitnehmerentgelt einen negativen Zusammenhang zwischen Höhe des Einkommens und Wahlzustimmung in den Wahlkreisen.

3 Wahlentscheidung nach Wirtschaftszweig

Eine Reihe von Nachbefragungen haben gezeigt, dass AfD Wähler sich am häufig zur Gruppe der Arbeiter zählen. Weiter wurde eine Affinität der Grünen Wähler zum öffentlichen Dienst berichtet.⁴ Allerdings erfassen diese Nachbefragungen in der Regel nicht, aus welchem *Sektor* der wirtschaftlichen Tätigkeit die Wählenden kommen. Die Datenquellen, die für diese Analysen genutzt werden kann, gibt Aufschluss über die Bruttowertschöpfung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen (produzierendes, verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektoren und Landwirtschaft) und ermöglicht damit eine Analyse, ob Wahlentscheidungen mit sektoriell definierter Arbeitstätigkeit assoziiert sind. Das Ergebnis dieser Analyse zeigt die Tabelle 3.

Die statistische Analyse der Daten legt nahe, dass zwischen produzierendem (und weniger deutlich: verarbeitendem) Gewerbe auf der einen Seite unterschieden werden sollte und zwischen Dienstleistungen, speziell im öffentlichen und paraöffentlichen Bereich, auf der anderen (weniger deutlich Finanzen und Versicherung, wobei hier festzuhalten ist, dass z.B. Krankenkassenangestellte im gewissen Sinne zu dieser Berufsgruppe gehören, also aufgrund ihrer Einkommensquelle eher zum öffentlichen Dienst zu zählen wären). Bemerkenswert ist, dass die SPD zwischen 2021 und 2025 eine frühere Zuordnung zu Sektoren der Wirtschaftstätigkeit verloren hat. CDU/CSU Zustimmung ist 2025 mit Bruttowertschöpfung und Beschäftigten im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe assoziiert, was 2021 noch nicht der Fall war. Gleiches gilt für die Grünen. Diese beiden Parteien trennt der Sektor öffentliche Dienst und ähnliche Dienstleistungen und Landwirtschaft. Für die Linke gilt, dass hohe Zustimmung bei ihr erheblich mit hoher Bruttowertschöpfung und vielen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ähnlichen Dienstleistungen assoziiert ist. Die Bereiche Finanzen und Versicherungen (siehe den Hinweis auf die Sozialversicherungen weiter oben) zeigen ein ähnliches Bild. Für die AfD gilt, dass sie dort stärker gewählt wird, wo die Bruttowertschöpfung niedrig ist, also in eher unproduktiven, ländlich abgehängten Kreisen. Bei der AfD ist, allerdings nicht signifikant, der Zustimmung in Kreisen mit höherem Anteil an produzierendem, verarbeitendem Gewerbe bzw. Landwirtschaft und Wählerstimmen positiv. Es gibt somit eine Grobsortierung der CDU/CSU (nicht signifikant auch der AfD) zu Beschäftigten dieser Gewerbe, was konträr zur Wahlzustimmung für die Linken gilt. Die Zustimmung zur Partei Die Linke ist deutlich für Kreise mit hohem Anteil des öffentlichen Sektors und der Finanzen und Versicherung und dieser Zusammenhang hat sich im Laufe der letzten 5 Jahre verstärkt. Bei der Grünen Partei ist der Zusammenhang mit öffentlichen Dienstleistungen ebenfalls stark, hat sich aber seit 2021 verringert. Zustimmung zu ihr kann inzwischen auch in Kreisen mit hoher Wertschöpfung im Bereich des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes gefunden werden.

Zusammenfassend trägt die Art der beruflichen Tätigkeit zur Positionierung im politischen Kräfteverhältnis bei: besteht diese aus im Marxschen Sinne produktiver Arbeit, dann sortieren sich die Personen zur CDU (und AfD), stammt dieses aus Umverteilung (öffentlicher Dienst, Krankenkasse, Wohlfahrtsverbände, Erziehung etc.) dann sortieren sich die Personen sehr stark zur Linken, aber auch zu den Grünen.

⁴ https://wp.table.media/wp-content/uploads/2025/02/25202927/BTW_2025_Wahlanalyse_SCAN.pdf

Tabelle 3: Wirtschaftszweig und Wahlentscheidung		Wahl 2025					Wahl 2021				
Werte für 2023 bzw. 2019		SPD	CDU/CSU	Linke	Grüne	AfD	SPD	CDU/CSU	Die Linke	Grüne	AfD
Bruttowert produzierend		-0.092	0.124*	-0.157**	0.103*	-0.055	-0.167***	0.088	-0.134**	0.078	-0.033
P		.067	.014	.002	.040	.276	< .001	.082	.008	.121	.520
Bruttowert verarbeitend		-0.103*	0.145**	-0.155**	0.135**	-0.081	-0.171***	0.091	-0.136**	0.097	-0.051
P		.040	.004	.002	.007	.107	< .001	.070	.007	.054	.314
Bruttowert öfftl Dienstleistung		0.051	-0.253***	0.385***	0.211***	-0.066	0.040	-0.227***	0.231***	0.241***	-0.042
P		.309	< .001	< .001	< .001	.188	.432	< .001	< .001	< .001	.403
Bruttowert Handel & Verkehr		0.040	-0.014	0.064	0.213***	-0.151**	-0.052	-0.046	-0.023	0.206***	-0.118*
P		.432	.775	.202	< .001	.003	.307	.366	.652	< .001	.019
Bruttowert Finanzen Versicher.		0.010	0.018	0.058	0.227***	-0.172***	-0.081	-0.015	-0.022	0.193***	-0.123*
P		.836	.722	.252	< .001	< .001	.108	.761	.667	< .001	.015
Bruttowert_land		0.111*	0.056	-0.185***	-0.189***	0.087	0.155**	0.118*	-0.154**	-0.120*	-0.014
P		.029	.267	< .001	< .001	.085	.002	.019	.002	.017	.786
Beschäftigte produzierend		-0.125*	0.195***	-0.255***	-0.038	0.029	-0.170***	0.152**	-0.172***	-0.060	0.056
P		.013	< .001	< .001	.455	.560	< .001	.002	< .001	.236	.265
Beschäftigte verarbeitend		-0.129*	0.216***	-0.259***	-0.001	-9.120×10 ⁻⁴	-0.184***	0.169***	-0.193***	-0.021	0.016
P		.011	< .001	< .001	.984	.986	< .001	< .001	< .001	.671	.753
Beschäftigte öfftl_Dienstleistung		0.074	-0.152**	0.268***	0.258***	-0.147**	0.004	-0.158**	0.129*	0.254***	-0.095
P		.145	.002	< .001	< .001	.003	.945	.002	.010	< .001	.061
Beschäftigte Handel & Verkehr		0.076	-0.042	0.111*	0.212***	-0.157**	-0.008	-0.065	2.057×10 ⁻⁴	0.208***	-0.120*
P		.130	.407	.028	< .001	.002	.867	.199	.997	< .001	.017
Beschäftigte Finanzen Versicher.		0.008	-0.112*	0.215***	0.195***	-0.107*	-0.043	-0.130**	0.133**	0.181***	-0.053
P		.868	.026	< .001	< .001	.035	.393	.010	.008	< .001	.298
Beschäftigte Landwirtschaft		0.091	0.159**	-0.294***	-0.121*	0.006	0.054	0.185***	-0.242***	-0.104*	-0.038
P		.073	.002	< .001	.016	.900	.282	< .001	< .001	.038	.457

Pearson's Partial Correlations. Conditioned on variables: Note. Conditioned on variables: Erwerbstätige Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren, Erwerbsquote Frauen/Männer
Zur Interpretation: bei einem Korrelationskoeffizienten von > ±0.1 geht man von einer schwachen, bei > ±0.3 moderaten und > ±0.5 starken Korrelation aus. * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

4 **Wahlentscheidung nach potenzieller Ausbildung und gesellschaftlicher Hierarchie**

Befragungsbasierte Wahlanalysen haben immer wieder gezeigt, dass die Wähler der Grünen eher eine höhere Schulbildung haben.⁵ Die vorliegenden sozialstrukturellen Daten erlauben keine direkten Rückschlüsse auf die Zahl der Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen in den verschiedenen Kreisen. Vorhanden ist nur eine Erfassung der Schulabschlüsse auf Kreisebene und auch der Zahl der Auszubildenden (Tabelle 4). Allerdings gibt es eine hohe Korrelation zwischen dem Bildungsabschluss der Eltern und dem erreichten Schulabschluss der Kinder wie die Studien zu den Bildungschancen in Deutschland immer wieder gezeigt haben.⁶ Nimmt man die vorliegenden Zahlen auf Kreisebene und bringt sie in einen Zusammenhang mit den Wahlerfolgen, so bestätigen sich die Voruntersuchungen zu Bildungsabschluss und Parteienpräferenz. Die Partei die Grünen zeigt die höchste Assoziation zwischen Abiturabschlüssen und hoher Wahlzustimmung. Konträr dazu zeigt die AfD die höchste negative Korrelation zwischen beiden. Dagegen dominiert bei dieser Partei die höchste Zahl mit Realschulabschlüssen. Die CDU/CSU wird insbesondere auch in Kreisen gewählt, in denen häufig ein Hauptschulabschluss gemacht wird und wo viele beruflich Auszubildende vorhanden sind. Hiermit steht sie im Gegensatz zur AfD und zur Linken. Letztere zeigt die stärkste Verankerung in Kreisen, wo Abiturienten einen hohen Anteil bilden.

Tabelle 4: Zustimmung zu den Parteien nach Ausbildungsabschlüssen auf Kreisebene

Wahl 2025	SPD	CDU/CSU	Linke	Grüne	AfD
Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife	0.386***	-0.315***	0.402***	0.468***	-0.321***
P	< .001	< .001	< .001	< .001	< .001
mittlerem Abschluss	-0.374***	0.235***	-0.308***	-0.372***	0.317***
P	< .001	< .001	< .001	< .001	< .001
Hauptschulabschluss	-0.188***	0.518***	-0.460***	-0.130**	-0.130*
P	< .001	< .001	< .001	.010	.010
Auszubildende	0.207***	0.342***	-0.309***	0.185***	-0.358***
P	< .001	< .001	< .001	< .001	< .001

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Note. Pearson's Partial Correlations. Conditioned on variables: Note. Conditioned on variables: Erwerbstätige Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren, Erwerbsquote Frauen/Männer. Zur Interpretation: bei einem Korrelationskoeffizienten von $\geq \pm 0.1$ geht man von einer schwachen Korrelation, bei $\geq \pm 0.3$ einer moderaten und $\geq \pm 0.5$ starken Korrelation aus.

Dieses Muster findet sich einigermaßen entsprechend auch bei den Landtagsabgeordneten der Parteien wieder, wie Tabelle 5 zeigt.⁷ Auch hier dominieren bei den Grünen Hochschulabschlüsse und sind am niedrigsten bei der AfD. Damit begründet sich deren konträre Stellung nicht nur auf Einkommenshöhe und berufliche Tätigkeit, sondern auch auf gesellschaftlich-akademische Planungstätigkeiten versus gesellschaftlich-praktischer Arbeit.

⁵ https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NL_Bund_250224.pdf

⁶ <https://www.ifo.de/DocDL/sd-digital-2026-05-woessmann-et-al-chancenmonitor.pdf>

⁷ <https://www.auftragsbank.de/deutschlands-landtage>

Tabelle 5: Zusammensetzung der Fraktionen der Bundesländer nach erreichtem Schulabschluss (2022)

	Abitur	Realschule	Hauptschule	ohne Angabe
SPD	73,14	17,47	1,09	8,3
CDU/CSU	74,84	17,57	1,95	5,64
Linke	70,54	12,4	0	17,05
Grüne	80,43	5,59	0,62	13,35
AfD	50,45	28,64	1,82	19,09

Prozentangaben, basierend auf: <https://www.auftragsbank.de/deutschlands-landtage>

These 3: Die politische Polarität erklärt sich auf der Ebene der Alltagsbewusstseins durch sichtbare versus unsichtbare Austauschbeziehungen zwischen den Polen

1 Wachsende Beschleunigung und nicht zwingend *schöpferische* Zerstörung

Die sich beschleunigenden Veränderungen der organischen und technischen Zusammensetzung der Arbeitsprozesse trifft die Personen aus den gegenüber gestellten Wirtschaftssektoren unterschiedlich. Die statistischen Daten (Tabelle 6) zeigen ein deutliches Wachstum der Beschäftigten des öffentlichen Dienstleistungssektors, aber einen Verlust bei den Beschäftigten und im Arbeitsvolumen des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes. Im direkten Gegensatz zu letzterem steigt die Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe deutlicher als in allen anderen Wirtschaftssektoren.

Tabelle 6: Entwicklung von Bruttowertschöpfung und Arbeit nach Sektoren zwischen 2019 und 2013

		Produz. Gewerbe	Verarb. Gewerbe	Handel, Verkehr	Finanzen, Versicherung	öfftl._sonst. Dienstl.
Zuwachs	Bruttowertschöpfung	20,7	10,9	15,9	15,2	16,6
2023/2019	Beschäftigte	-1,3	-3,5	0,5	0,9	5,0
(in %)	Arbeitsvolumen	-4,1	-6,4	-1,4	-0,9	1,6

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Reihe 2. Kreisergebnisse Band 1.

Die wachsende Beschleunigung in der Veränderung der organischen und technischen Zusammensetzung bedroht aber nicht nur die Beschäftigung als solche, sondern auch das erreichte individuelle Arbeitsvermögen. Dies führt zu einer höheren Bedrohungslage speziell im Bereich des produzierend-verarbeitenden Gewerbes, weniger dagegen in den anderen Wirtschaftszweigen.

2 Externalisierung und Internalisierung, Individualisierung und Gesellschaftlichkeit

Eine lange Liste von wissenschaftlichen Untersuchungen hat gezeigt, dass ein Grundprinzip der erfolgreichen kapitalistischen Akkumulation die Externalisierung der Kosten ist, die infolge des Produktionsprozesses entstehen, aber nicht als Arbeitszeit und konstantes Kapital im Produktionsprozess repräsentiert sind.⁸ Dieses Grundprinzip, was letztlich darauf zurückzuführen ist,

⁸ Zusammenfassung in: Elmar Altvater Engels neu entdecken. VSA: Verlag, Hamburg 2016

dass Kapitalien über den Markt primär in Form der Konkurrenz kommunizieren, sorgen für eine Individualisierung der Perspektive auf Umweltprozesse.

Gleichzeitig wurde geschichtlich eigentlich seit Beginn der kapitalistischen Produktion deutlich, dass diese ohne staatliche Bearbeitung der externalisierten Kosten nicht funktioniert.⁹ Dies hat historisch zu einer deutlichen Steigerung des Anteils des Staates am Bruttosozialprodukt (BIP) geführt (Tabelle 7), dessen Aufgabe es ist, zumindest im gewissen Maße einen gesamtgesellschaftlichen Blick auf die Verhältnisse herzustellen und auf dieser Grundlage einzugreifen.

Tabelle 7: Staatsquote und Beschäftigtenzahlen öffentlicher Dienst und produzierendes Gewerbe

Jahr	Staatsquote (Prozent vom BIP)	Beschäftigte öffentlicher Dienst (in Mio.)	Beschäftigte produzierendes Gewerbe (in Mio.)
1970	38,5		
1990	43,6	6.738*	11.129
2000	48,1	4.909	11.353
2010	48,1	4.586	10.028
2024	49,7	5.380	10.668

* Abweichende Erfassung der Beschäftigten, darum nur begrenzt vergleichbar.

Ab 1990 kommt es zur Privatisierung der Post und Bahn und zum erheblichen Personalabbau in den ostdeutschen Bundesländern. Gleichzeitig kommt es durch die Agenda zu erheblichen Einschränkungen der Staatsausgaben

Quellen: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2025/07/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-1-s14-entwicklung-der-staatsquote.html>

<https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV26.pdf>

Ab einem bestimmten Maß der Verallgemeinerung der Kapitalakkumulation gerät die Zahl der staatlichen Beschäftigten und deren Blick auf die kapitalistische Akkumulation in einen Konflikt mit dieser. Das gilt insbesondere dann, wenn der staatliche Blick gesetzlich einen rahmenden Charakter bekommt (Umweltauflagen, Umstellung auf E-Mobilität, Art der Energieerzeugung). Der dann entstehende Widerstand richtet sich gegen die Gruppe, die Rahmenvorstellungen für die gesellschaftliche Entwicklung formuliert, oder, wenn auch weniger massiv, gegen parastaatliche Institutionen, die politische Vorgaben für die individuelle Reproduktion definieren (Erziehungswesen, Gesundheitswesen etc.). Hinzu kommt, dass die Einkommen für die Beschäftigten im Bereich der staatlichen und parastaatlichen Tätigkeit auf Umverteilung beruhen.

Wie stark die berufliche Herkunft der Partei internen Repräsentanten zwischen den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen der Wertschöpfung differiert, zeigt eine entsprechende Auswertung dieser Variablen für die Landtagsabgeordneten (Tabelle 8 und 9).

⁹ Althusser, Louis: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Anmerkungen für eine Untersuchung, in: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg 1977, S. 108–153

Tabelle 8: Relative Häufigkeit der Berufe der Fraktionen der deutschen Landtage 2022

	SPD	CDU/CSU	Linke	Grüne	AfD
Finanzierungsdienstleistungen	8,32	14,25	5,27	5,83	12,53
Lehrende	11,37	9,13	6,53	10,58	7,65
Gesundheitsberufe	12,05	10,86	9,76	7,81	6,21
Geistes-, gesellschaftswissenschaftliche	11,04	7,42	20,80	11,85	7,03
Unternehmensführung	6,78	12,52	6,34	7,22	17,40
Erziehung und soziale Berufe	13,86	5,81	15,03	14,62	3,61
Mathematik, Biologie, Chemie, Physik	7,43	6,90	13,40	18,51	8,69
Recht & Verwaltung	10,81	12,75	9,59	5,65	7,43
Technische Konstruktion und Produktionssteuerung	6,91	10,29	6,15	8,46	17,72
Werbung, Marketing, kaufmännische Berufe	11,42	10,08	7,11	9,46	11,72

Eigene Berechnung basierend auf <https://www.auftragsbank.de/deutschlands-landtage>

Tabelle 9: Berufe der Landtagsabgeordneten von AfD bzw. Linke/Grüne in Thüringen, Sachsen

	In Thüringen sind von	In Sachsen sind von	Prozent von
AfD	32 MdL	40 MdL	72
Ingenieure oder Handwerksmeister	11	10	29,2%
Geisteswissenschaftler	0	0	0%
Betriebswirte oder Unternehmer	6	14	27,8%
Recht und öfftl. Sicherheit	5	6	15,3%
Soziale Berufe	2	0	3,0%
Die Linke (& Grüne in Sachsen)	12 MdL	16 MdL	28
Ingenieure oder Handwerksmeister	0	1	3,6%
Geisteswissenschaftler (Soziologie, Politik, Philosophie, Geographie)	5	9	50 %
Soziale Berufe	1	2	10,7%

Zusammensetzung der jeweiligen Fraktionen der Landtage (eigene Auswertung der Internetangaben, 2025)

CDU/CSU und AfD Abgeordnete hatten 2022 häufig Berufe im Bereich der Finanzierungsdienstleistungen und der Unternehmensführung, AfD Abgeordnete insbesondere im Bereich der technischen Konstruktion und Produktionssteuerung. Bei den Grünen und den Linken überwiegen Erziehung und soziale Berufe bzw. bei den Linken insbesondere Personen mit geistes- oder gesellschaftswissenschaftlichem Studium. Diese Berufe sind bei Abgeordneten der AfD und der CDU/CSU wiederum von marginaler Bedeutung.

3 Ökonomische und symbolische Austauschprozesse zwischen den sozio-ökonomisch definierten politischen Lagern

Spekulativ formuliert könnte die Gegenüberstellung von Wählern der AfD und der Grünen bzw. der CDU/CSU und der Linken auch mit einer komplementären „Verdinglichung“ der Austauschprozesse zusammenhängen. In dem Tausch von individuellen Waren aus dem produzierend-verarbeitenden Gewerbe wird der gesellschaftliche Charakter dieses Tausches durch den Wert (und an der Oberfläche durch ihren Preis) hergestellt. Damit erreicht ein Gegenstand („Gebrauchswert“) eine Person, ohne dass die gesellschaftliche Vermittlung seiner Herstellung erkennbar ist. Diese ist damit scheinbar ein unmittelbares Verhältnis und das führt zu einem entsprechenden Selbstbewusstsein

der ProduzentInnen. Diese erleiden zwar einen weitgehend dem Kapital unterworfenen Arbeitsprozess (reelle Subsumtion) mit entsprechend hergestelltem Körper- und Autoritätsbewusstsein, entwickeln durch die Herstellung von realen Gütern aber auch einen gewissen Produzentenstolz. Sie können gewissermaßen darauf zeigen, wofür sie gelitten haben. Und auch worunter sie leiden: Als häufige Krankheiten dominieren Lärmschwerhörigkeit, Heller Hautkrebs, Druckschädigung des Nervus medianus im Carpaltunnel (Carpaltunnel-Syndrom) durch repetitive manuelle Tätigkeiten, Erkrankungen der Sehnenscheiden sowie der Sehnen- oder Muskelansätze, Krebs oder Schleimhautveränderungen durch chemische Einwirkungen - alles somatisch klar abgrenzbare Erkrankungen.¹⁰

Diese Integration in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess „tauschen“ sie gesamtgesellschaftlich mit einem eher unsichtbaren Produkt der para-öffentlichen Dienstleister. Deren Produkt ist entweder eher rahmend und entindividualisierend (notwendige Internalisierung von Kosten des Produktionsprozesses mit entsprechenden Änderungen in dessen Struktur). Oder es ist überwiegend abstrakt „strukturell“: z.B. in Form eines langen, nicht immer gelingenden Erziehungsprozesses, dessen Ziel einer direkten politischen Auseinandersetzung zugänglich ist und einer Interaktion mit den Subjekten bedarf, auf die sich die Arbeit bezieht. D.h. hier ist das Ergebnis der Arbeit im gewissen Maße direkt gesellschaftlich, der Gegenwert der Bezahlung aber nicht durch einen konkreten Gegenstand unmittelbar sinnlich gewiss. Ähnlich unsichtbar ist auch ihr gesundheitliches Leiden: Depressionen, Burnout, Infektionsrisiko, emotionale Stresszustände, Schlafmangel, chronische (Rücken-) Schmerzen, allesamt Erkrankungen, die keine direkte somatische Verursachung aufweisen.

Die Aufteilung in Berufsgruppen zieht entsprechende Folgen für ihre Sichtweise der Gesellschaft nach sich. Personen, die in dem Dienstleistungssektor arbeiten, beschäftigen sich mit „Daseinsfürsorge“, ob in Form einer gesellschaftlichen Betrachtung privatwirtschaftlicher Externalisierungskosten oder in Relation zu den Subjekten, deren Situation in ihre Verantwortung gestellt wurde. Primäre Aufmerksamkeit bekommen die im gesellschaftlichen Prozess marginalisierten und deklassierten. Personen. Die im produktiven und verarbeitenden Gewerbe arbeitenden Personen beschäftigen sich dagegen mit Naturaneignung und technologischen Entwicklungen zu ihrer Optimierung. Dabei sind infolge der realen Subsumtion der Arbeitsprozesse Effizienz und Ein- und Unterordnung unter das Arbeitsziel primärer Erfahrungshintergrund. Zusammen mit den erlebten Körper- und Selbstbild, das sich in Form der Berufserkrankungen dokumentiert, entwickeln sich damit Milieus, deren gelingende Interaktion im wachsenden Maß in Frage gestellt ist, speziell weil die gesellschaftliche Entwicklung die eine Gruppe im Vergleich zur anderen dominanter werden lässt (siehe Tabelle 7 und Figur 2).

Gleichzeitig wirkt aber auch die Höhe und die Quelle des Einkommens auf die Herausbildung der Milieus und hier unterscheiden sich die Parteien deutlich (siehe oben). Insgesamt lässt sich damit das politische Kräfteverhältnis als doppelte Polarität unter Rückgriff auf Figur 2 abbilden, die weiter unten erläutert und diskutiert werden wird.

Bedeutung zeitlich vorgelagerter oder paralleler Einbettungen

Die oben skizzierte ökonomische Dynamik trifft auf zeitlich vorgelagerte gesellschaftliche Strukturen oder andere Einbettungen des Akkumulationsprozess. Zu letzteren gehört die Unausweichlichkeit der

¹⁰ Siehe z.B. Abschnitt 24.15 Krankheitsarten nach Branchen und Berufen. In: https://www.wido.de/fileadmin/Dateien/Dokumente/Publikationen_Produkte/Buchreihen/Fehlzeitenreport/wido_fzr2025_ki_und_gesundheit_krankheitsbed_fehlzeiten.pdf

ökologischen Probleme bei Fortexistenz der aktuellen kapitalistischen Ökonomie. Dazu gehört aber auch die nationalstaatliche Organisation des internationalen Handels und den daraus sich ergebenden Konflikten bzw. inzwischen zunehmend kriegerischen Auseinandersetzungen. Die Dynamik trifft aber auch auf gesellschaftliche Strukturen, die früher bedeutsam für die Kapitalakkumulation waren (strikte Geschlechterrollen), und solche, die durch sie so gestört werden, dass ihre Fortsetzung gefährdet wird (z.B. die nicht hinreichende Reproduktionsrate und die daraus folgende Alterung der Bevölkerung).

Die Bedeutung des Geschlechts, der Größe des Wahlkreises, der Siedlungsstruktur und auch der Haushaltsgröße für die Wahlentscheidung zeigt sich in Tabelle 10. Die Linke hat wenig Unterstützung in Kreisen von Familien mit Kindern (konträr zur CDU/CSU), die AfD ist stark in bevölkerungsschwächeren Wahlkreisen (im Gegensatz zu Grünen und Linken), CDU/CSU und AfD sind dort stärker, wo in den Kreisen mehr Männer als Frauen wohnen.

Tabelle 10: Allgemeine demografische Merkmale auf Kreisebene und Zustimmung zu den Parteien bei den Bundestagswahlen

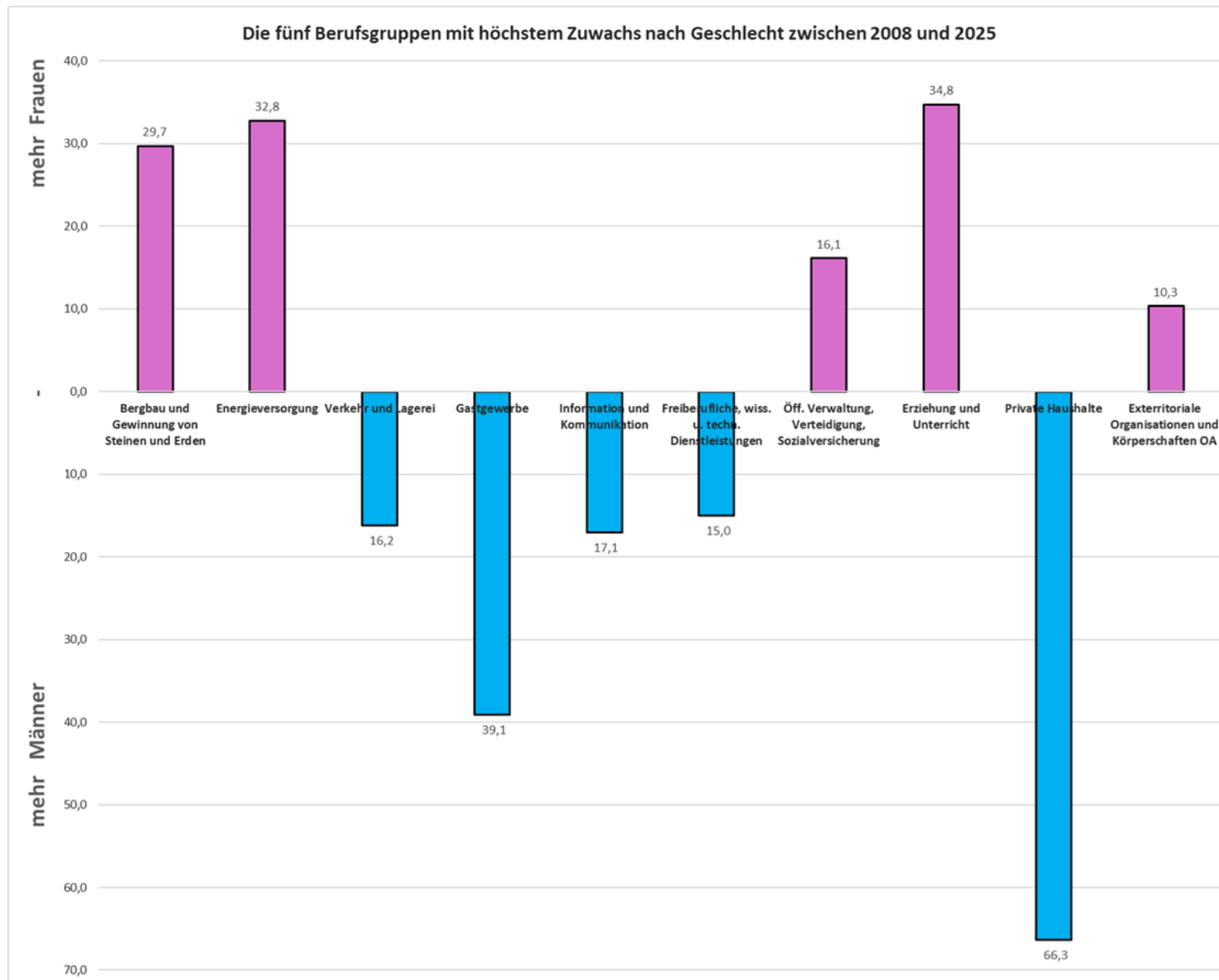
Wahl 2025	SPD	CDU/CSU	Linke	Grüne	AfD
Bevölkerungsgröße des Wahlkreises	0.124	-0.131	0.247	0.261	-0.194
P	.013	.009	< .001	< .001	< .001
Durchschnittsalter der Bevölkerung	-0.219	-0.304	-0.007	-0.668	0.701
P	< .001	< .001	.883	< .001	< .001
Verhältnis Frauen / Männer	0.209	-0.331	0.330	0.266	-0.100
P	< .001	< .001	< .001	< .001	.045
Erwerbsquote Frauen / Männer	-0.396	-0.094	0.081	-0.143	0.278
P	< .001	.060	.109	.004	< .001
Haushalte mit Kindern	-0.065	0.559	-0.591	-0.207	-0.074
P	.191	< .001	< .001	< .001	.138
Häuser mit einer Wohnung	-0.015	0.102	-0.107	0.090	-0.106
P	.766	.041	.032	.071	.034
Häuser mit 3 und mehr Wohnungen	0.037	-0.099	0.256	0.297	-0.208
P	.464	.050	< .001	< .001	< .001

Pearson's Correlations. Zur Interpretation: bei einem Korrelationskoeffizienten von $> \pm 0.1$ geht man von einer schwachen Korrelation, bei $> \pm 0.3$ einer moderaten und $> \pm 0.5$ starken Korrelation aus.

Zu den gesellschaftlichen Strukturen, die vorgelagert sind, gehören auch die unterschiedlichen Altersgruppen, wodurch sich in bedrohten, sich beschleunigenden Berufsbereichen mehr mittelalte Männer und weniger Frauen befinden, um nur zwei wesentliche Faktoren zu nennen, die in der statistischen Analyse der Wahlergebnisse immer wieder eine Rolle spielen. Zu ihnen gehört auch die Geschlechterrolle des fordistischen Klassenkompromiss, die Frauen mehr in den paraöffentlichen Bereich treibt und damit nach links, Männer aber mehr in den produzierend-verarbeitenden Bereich und damit nach rechts.

Figur 1 zeigt die jeweils 5 Berufe mit höchster Wachstumsrate für Frauen (Balken nach oben) und Männer (Balken nach unten, jeweils als prozentualer Zuwachs zu interpretieren). Es ist in dieser Hinsicht schon bemerkenswert, dass es in keinem Beruf zu einem gemeinsamen höheren Wachstum gekommen ist. Für Frauen sind die Berufe mit hohem Wachstum überwiegend solche, die mit öffentlicher Bereitstellung und Verwaltung von Gütern zu tun haben, d.h. in der neuen Klasse eher direkt gesellschaftlicher, subjektbezogener und fürsorgender Arbeit. Dagegen ist es bei Männern zu einem Split gekommen: Wachstum in Berufen mit hohem Arbeitspensum und geringer Bezahlung (Verkehr, Logistik, IT, Gastgewerbe) oder mit hoher Bezahlung aber fluktuierendem Einkommen (Unternehmensberatung und wissenschaftliche Freiberufler) gekommen. Damit trifft die

ökonomische Entwicklung auf eine geschichtlich vorgelagerte Struktur zwischen den Geschlechtern, was sich dann auf der Ebene der Wahlbefragungen als Polarisierung ihrer Entscheidungen ausdrückt.



Figur 1

Zur Erklärung: Gezeigt wird die Dynamik des prozentualen Zuwachses (im Vergleich von 2008 zu 2025) für die jeweils 5 Berufsgruppen, in denen am meisten mehr Männern oder mehr Frauen arbeiten. Die vertikale Achse zeigt in der Richtung von Null nach oben die Berufsgruppen der Frauen an, in Richtung von Null nach unten die der Männer. In beiden Richtungen wird der prozentuale Zuwachs wiedergegeben. Männer gewinnen in Berufen, die traditionell als prekär und besonders autoritär angesehen werden. Frauen bewegen sich in Richtung unterer sicherer Mittelschicht mit parastaatlicher Anstellung.

Zusammenfassung und Diskussion

Diese Untersuchung fokussierte auf das aktuelle politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnis, reflektiert anhand der Erfolge der fünf relevanten Parteien in 400 bundesdeutschen Wahlkreisen. Die Vor- und Nachteile der methodischen Herangehensweise über die Statistik der Kreise wurden bereits eingangs kurz angesprochen. Der größte Nachteil ist, dass durch sie soziale und ökonomische Strukturmerkmale mit Wahlentscheidungen verglichen werden, ohne das konkrete Wissen über die Entscheidungen der Personen besteht, die wählen gehen. Das Ergebnis zeigt aber, dass mit Untersuchungen, die auf Wählerbefragungen beruhen, ein hohes Maß an Übereinstimmung besteht, z.B. bei der unterschiedlichen politischen Orientierung von Frauen und Männer, der Affinität von AfD Wählern zu mittleren Berufsabschlüssen, während die Grünen deutlich eher von Akademikern gewählt werden, bei der größeren Verankerung von CDU/CSU und AfD in bevölkerungsschwächeren (eher ländlichen) Kreisen und der Linken in bevölkerungsstarken (eher städtischen) Kreisen. Auch hinsichtlich der sozialökonomischen Korrelationen kommt eine Studie, die auf einer Wählerbefragung basiert, zu ähnlichen Ergebnissen wie diese.¹¹ Damit kann davon ausgegangen werden, dass die hier gewählte Herangehensweise methodisch sinnvoll ist und zukünftig vertieft werden könnte und damit aufwändige Wählerbefragungen ergänzen sollte.

Als zweites Ergebnis zeigte sich eine wachsende politische Polarität auf zwei Faktoren: einem Faktor, in dem sich die Grünen und die AfD gegenüberstehen und einem statistisch nur etwas weniger bedeutsamem zweiten Faktor, auf dem sich die Linke und die CDU/CSU gegenüberstehen (Tabelle 1). Die Analyse der vorliegenden sozialökonomische Strukturdaten ergänzte, dass soweit es um das Einkommen geht, in Kreisen mit hohem Einkommen CDU/CSU oder Grüne gewählt werden, in Kreisen mit einkommensschwachen Haushalten AfD oder die Linke (Tabelle 2). Bei den Kreisen, in denen die Linken verstärkt gewählt wird, ist nicht nur das Haushaltseinkommen pro Person niedrig, sondern auch das Arbeitnehmerentgelt.

Tabelle 3 zeigt, dass diese Spaltung entlang der Einkommenslinie durch eine zweite Spaltung entlang der Wirtschaftszweige ergänzt wird: In Kreisen mit höherem Anteil an produzierendem, verarbeitendem und landwirtschaftlichem Gewerbe bekommt insbesondere die CDU/CSU (AfD nicht signifikant, aber jeweils positiver Zusammenhang) hohe Stimmenanteile, eine Tendenz, die sich gemäß der Höhe der Korrelationskoeffizienten eher erhöht hat. Zudem zeigt sich ein Unterschied für den Bereich der kulturellen Hegemonie. In Kreisen mit hohem Anteil an Dienstleistungen werden diese beiden Parteien weniger gewählt, Grüne und Linke dafür aber mehr. Grüne, Linke und SPD dominieren in Kreisen mit einer hohen Zahl von Abiturienten, wo CDU/CSU und AfD schwach sind. Letztere beiden sind stark in Kreisen mit mehr mittlerem Schulabschluss. In Kreisen mit vielen Auszubildenden werden CDU/CSU, AfD und SPD vermehrt gewählt, dagegen Grüne und Linke nicht.

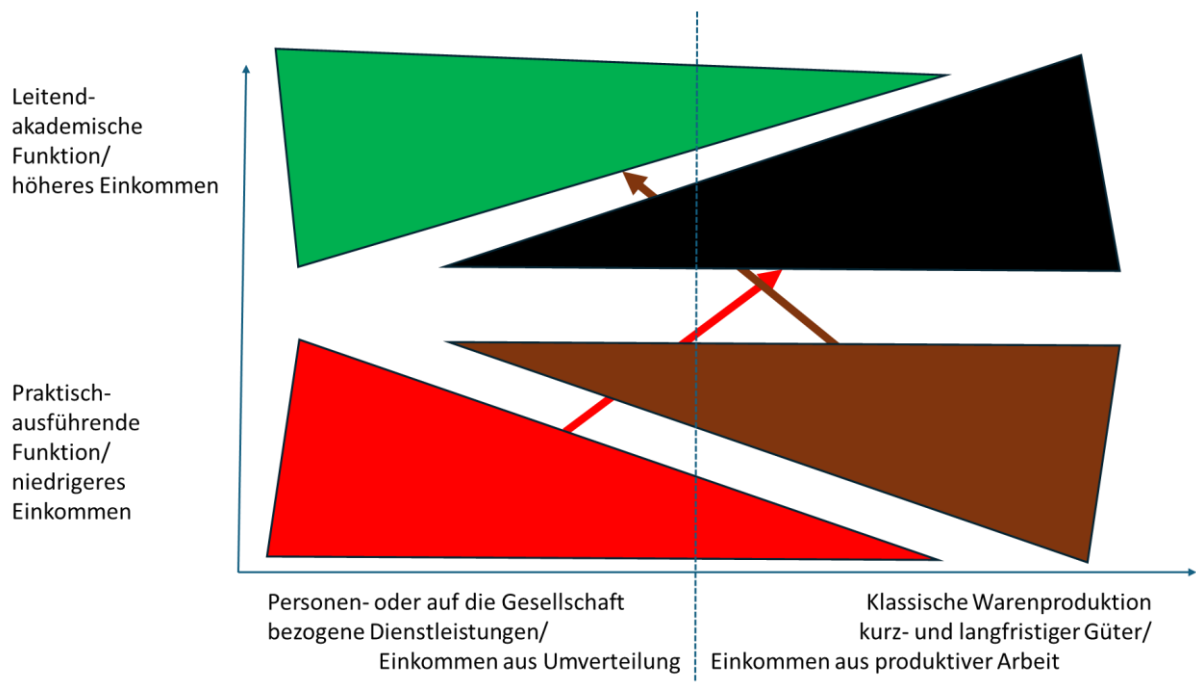
Die Daten zu den Wahlergebnissen 2021 und 2025 dokumentieren, dass es der AfD gelungen ist, sich eine neue soziale Verankerung zu geben, welche sich 2021 erst abzuzeichnen begann. Sie ist inzwischen eine Partei der praktisch-ausführenden ArbeiterInnen geworden, die eher im privaten produzierenden Gewerbe tätig ist, mit in der finanziellen Hierarchie eher neutralem Arbeitnehmerentgelt aber vergleichsweise niedrigem Haushaltseinkommen. Die Grünen stehen der AfD diametral gegenüber, weil ihre Stimmenzahl in Kreisen mit Dienstleistungssektor, gutem Einkommen und hoher Schulbildung hoch ist. Für die Linken gilt, dass sie häufig in Kreisen gewählt

¹¹ Aiko Wagner Eine Frage der Klasse? Analyse des Parteienwettbewerbs nach Berufsklassen und politischen Präferenzen. FES diskurs, Juni 2024

werden mit starkem Anteil am öffentlichen Dienst, eher niedrigem Einkommen und Arbeitnehmerentgelt, dafür aber hoher Schulbildung. Dies ist komplett das Spiegelbild der CDU/CSU. Insgesamt bestätigt diese Untersuchung damit die Befragungsergebnisse einer repräsentativen Stichprobe von Vehrkamp & Posthofen (2026), die ebenfalls auf eine Neusortierung von politischen Lagern hinweist.¹²

Figur 2 versucht diese Zusammenhänge zu veranschaulichen. Dabei wird deutlich, dass es zu einem doppelten Bruch in der an Marx orientierten Klassenanalyse gekommen ist. Innerhalb der klassisch bürgerlichen Klasse zwischen einer progressiven Gruppe, die die Grünen wählt, und einer konservativen, die die CDU/CSU bevorzugt. Innerhalb der arbeitenden und angestellten Klassen verläuft dieser Bruch zwischen den Beschäftigten im Dienstleistungssektor, speziell dem öffentlichen Dienst und den (gesetzlichen) Versicherungen versus denen im produzierenden Gewerbe: beide Gruppen sind zwar gemeinsam im Einkommen unterprivilegiert, aber in der Art der Berufstätigkeit (d.h. ihrer Gebrauchswertproduktion) verschieden.

Figur 2: Integrierte Darstellung der aktuellen politischen Hauptfronten und ihrer sozialökonomischen Verankerung



Zur Erklärung von Figur 2: Auf Personen- oder auf die Gesellschaft bezogene Dienstleistungen können durch umverteiltes Einkommen finanziert werden oder durch produktive Arbeit. Beispiele für letzteres (d.h. rotes Dreieck rechte Hälfte) wären Pflegekräfte in privaten Krankenhäusern oder (d.h. grünes Dreieck rechte Hälfte) private Beratungsfirmen zur Minimierung des CO2 Ausstoßes bzw. der zu zahlenden Emissionszertifikate) oder Hausmeister in Wohnungsgenossenschaften (d.h. braunes Dreieck linke Hälfte) bzw. private Unternehmensberatungen für die Krankenhäuser und andere Einrichtungen des öffentlichen Dienstes (d.h. schwarzes Dreieck linke Hälfte).

Auch wenn sich damit ein sozialökonomisches und kulturelles Kräfteviereck herausgebildet hat, so wird die politische Debatte faktisch durch zwei unterschiedliche Frontstellungen dominiert: zwischen den Grünen, dem progressiven Teil der bürgerliche Klasse, und der AfD als dominanter Gegensatz, wie Tabelle 1 zeigt, und den Linken und der CDU/CSU im Sinne von Anspruch auf Umverteilung und

¹² Robert Vehrkamp und Martha Posthofen: Wohin des Weges? Eine Schätzung der Wählerwanderungen bei der Bundestagswahl 2025. Demokratie und Zusammenhalt | 01.2026. Bertelsmann Stiftung

Größe des staatlichen Sektors. Bis dato gelingt es nicht von Seiten der Linken, den von ihr vertretenden Pol auf die AfD auszudehnen, obwohl die AfD ja hinsichtlich der Größe und Bedeutung des staatlichen Sektors eine noch radikalere Gegenpositionen einnimmt als die CDU/CSU.

Die sozialökonomischen Kräfte, die die aktuelle politische Auseinandersetzung in bestimmte Bahnen lenken, sind in ihrer Wirkmächtigkeit nicht zu unterschätzen, zumal sie sich mit vorgelagerten gesellschaftlichen Strukturen, wie z.B. die Geschlechterrolle verschränken. Wie kann linke Politik dieses Kräfteverhältnis trotzdem in Richtung einer neuen Hegemonie ändern bzw. den Aufstieg der rechten Hegemonie brechen? Der entscheidende Widerspruch zwischen den beiden auf Veränderung drängenden Gruppen der Linken und der AfD Wähler besteht in dem Split zwischen Wirtschaftszweig der beruflichen Tätigkeit und erreichter beruflicher Ausbildung, grob vereinfacht zwischen akademischen und nicht akademischem öffentlichen Dienst ähnlichen sozialen Dienstleistungen und eher nicht akademischen produzierendem Gewerbe (mit männlichen Führungspersonen aus dem Bereich der mittleren Betriebsführung, kleinen Selbständigen und Handwerksmeistern). Dieser Unterschied in der sozialen Basis zieht kulturelle Unterschiede nach sich, selbst wenn ein gemeinsames niedriges Einkommen eine Gemeinsamkeit bildet.

Wenn es um politische Konsequenzen aus den Ergebnissen dieser Analyse geht, dann könnte es hilfreich sein, sich daran zu erinnern (Tabelle 7), dass nach 1991 ein drastischer Personalabbau im öffentlichen Dienst erfolgte, dessen Beschäftigtenzahl erst seit 2010 wieder anzusteigen beginnt. Dieser Neuaufbau beruht allerdings fast vollständig auf dem Ausbau der Kindertagesbetreuungseinrichtungen und auf Personalaufstockungen im Schul- und Hochschulsektor. Bis in die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts waren im öffentlichen Dienst 1/3 der Beschäftigten von der Gebrauchswertseite im produzierenden Gewerbe oder im Bereich eher materieller Dienstleistungen beschäftigt. Erst führte die Privatisierung der Bahn und der Post (Telekom) zu einer deutlichen Reduktion dieser Beschäftigten (Tabelle 7), ähnliches galt für den Rundfunk und das Fernsehen, später dann der Verkauf der kommunalen Energieunternehmen und -netzwerke. Diese Folge von Privatisierung führte aber auch zu einer qualitativ neuen Bestimmung der überwiegenden Mehrheit staatlicher Tätigkeiten, die damit zu überwiegend direkt auf soziale Verhältnisse und auf Subjekte orientierte werden (Kindergärten, Schule, Wohlfahrtseinrichtungen, Pflege etc.). Damit wurde eine Ursache der jetzt feststellbaren politischen Pole durch eine Reorganisation der staatlichen Tätigkeit politisch bewusst geschaffen. Die Perspektive zur Rückgewinnung der einkommensschwachen, veränderungswilligen Bevölkerung, die sich jetzt nach rechts orientiert, könnte darin liegen, zukunftsweisende staatlich-*technologische* Projekte neu zu propagieren und durchzusetzen. Immerhin erhielt die bundesrepublikanische Bevölkerung das Festnetztelefon durch den Staat, das Smartphone durch private Unternehmen. Sie erhielt Fernsehen durch staatliche Investitionen, Privatfernsehen und „social media“ aber durch die private (Tech-) Konzerne. Sie erhielt allgemeine Mobilität durch eine pünktliche öffentliche Bahn und den europäischen und internationalen Verkehr durch private Flugunternehmen. Und ähnliches zeichnet sich für Künstliche Intelligenz, Raumfahrt und Weltraumnutzung ab. Eine hegemoniale linke Politik braucht vielleicht den Anspruch, dass technologische Durchbrüche, die ökologisch vertretbar sind und für alle einen echten Fortschritt in Richtung mehr Möglichkeiten schaffen, öffentlich organisiert sein sollten. Inklusiv der Debatte darüber, in welcher nicht privatwirtschaftlichen Organisationsform (öffentlich, genossenschaftlich, kommunal vernetzt etc.) das erfolgen sollte.